

<p>Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft</p> <p>fed. Senator/-in: S 2 - Finanzen, Digitalisierung und Ordnung</p> <p>Federführendes Amt: Amt für Brandschutz/Rettungsdienst und Katastrophenschutz</p>	<p>Beteiligt: Kämmereiamt Zentrale Steuerung</p>									
<p>Überplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Teilhaushalt (TH) 37 in 2023 für 2025 für die für die Beschaffung von Krankentransportwagen</p>										
<p>Geplante Beratungsfolge:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Datum</th> <th style="text-align: left;">Gremium</th> <th style="text-align: left;">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>23.11.2023</td> <td>Finanzausschuss</td> <td>Empfehlung</td> </tr> <tr> <td>06.12.2023</td> <td>Bürgerschaft</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	23.11.2023	Finanzausschuss	Empfehlung	06.12.2023	Bürgerschaft	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit								
23.11.2023	Finanzausschuss	Empfehlung								
06.12.2023	Bürgerschaft	Entscheidung								

Beschlussvorschlag:

1. Die Zustimmung zur überplanmäßigen Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung für die Beschaffung von Krankentransportwagen für den Rettungsdienst in Höhe von 261.000 EUR für die Maßnahme 3712700201200899 Beschaffung und Umbau von Krankentransportwagen wird erteilt.
2. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt innerhalb des TH 37 durch die Maßnahme 3712601202200117 Ausstattung Neubau und Sanierung Feuerwache 1.

Beschlussvorschriften: § 54 Abs. 1 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse: keine

Begründung der Dringlichkeit für den Finanzausschuss:

Die Maßnahme muss zwingend in 2023 begonnen werden. Sollte das Projekt nicht zeitnah begonnen werden können, kann es zur Gefährdung der Einsatzbereitschaft im Rettungsdienst und bei der Feuerwehr der Hanse- und Universitätsstadt Rostock kommen. Die Verpflichtungsermächtigung ist dringend notwendig, damit die Fahrzeugausschreibung in diesem Jahre begonnen werden kann.

Sachverhalt:

Es war in der Haushaltsplanung 2022/2023 pro Jahr ein Krankentransportwagen geplant. Auf Grund von verlängerten Lieferzeiten können beide Autos erst im Jahr 2025 geliefert werden. Des Weiteren gab es eine Veränderung in der Ausstattung. Es befinden sich jetzt auf allen Fahrzeugen hydraulisch fahrbare Tragen, die dem Arbeitsschutz des Einsatzpersonals dienen. Dies führte zu einer Kostensteigerung.

Die Lieferzeiten waren in der Haushaltsplanung 2022/ 2023 nicht absehbar. Der Bedarf für die Verpflichtungsermächtigung basiert auf der Beschaffung der letzten gelieferten Fahrzeuge.

überplanmäßig VE

außerplanmäßig VE

1. Zusätzlicher Bedarf – Verpflichtungsermächtigung

Teilhaushalt: 37

Produkt: 12700

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	3712700201200899	Beschaffung und Umbau von Krankentransportwagen
Investitionsposition	1	Möbelausstattung

			-in EUR-
Ansatz VE im Haushaltsjahr 2023	Gesamt		255.000,00
für Haushaltsjahr 2024			125.000,00
für Haushaltsjahr 2025			130.000,00
für Haushaltsjahr			0,00
bereits genehmigte über- /außerplanmäßige VE	Gesamt		0,00
für Haushaltsjahr 2025	+/-		0,00
für Haushaltsjahr	+/-		
für Haushaltsjahr	+/-		
Aufträge VE	Gesamt		0,00
für Haushaltsjahr 2025	-		0,00
für Haushaltsjahr	-		
für Haushaltsjahr	-		
Verfügbar VE	Gesamt		0,00
für Haushaltsjahr 2025	=		130.000,00
für Haushaltsjahr	=		
für Haushaltsjahr	=		
Gesamtbedarf VE Haushaltsjahr 2023	Gesamt		391.000
 für Haushaltsjahr 2025			391.000
 für Haushaltsjahr			
 für Haushaltsjahr			

Begründung der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigung

a) Unabweisbarkeit

Die Verpflichtungsermächtigung ist dringend notwendig, damit die Fahrzeugausschreibung in diesem Jahre begonnen werden kann. Es war in der Haushaltsplanung 2022/2023 pro Jahr ein Krankentransportwagen geplant. Auf Grund von verlängerten Lieferzeiten können beide Autos erst im Jahr 2025 geliefert werden. Des Weiteren gab es eine Veränderung in der Ausstattung. Es befinden sich jetzt auf allen Fahrzeugen hydraulisch fahrbare Tragen, die dem Arbeitsschutz des Einsatzpersonals dienen. Dies führte zu einer Kostensteigerung.

b) Unvorhersehbarkeit:

Die Lieferzeiten waren in der Haushaltsplanung 2022/2023 nicht absehbar. Der Bedarf für die Verpflichtungsermächtigung basiert auf der Beschaffung der letzten gelieferten Fahrzeuge.

2. Nachweis der Deckung durch nicht in Anspruch genommene VE

1.	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	3712601202200117	Ausstattung Neubau und Sanierung Feuerwache 1
Investitionsposition	1	Möbelausstattung

		in EUR	
Ansatz VE im Haushaltsjahr 2023	Gesamt		2.710.000
für Haushaltsjahr 2024			0,00
für Haushaltsjahr 2025			2.710.000
für Haushaltsjahr			
bereits genehmigte über- /außerplanmäßige VE	+/-		-
für Haushaltsjahr 2025	+/-		1.775.800
für Haushaltsjahr	+/-		
für Haushaltsjahr			
Aufträge VE			0,00
für Haushaltsjahr 2025	-		0,00
für Haushaltsjahr	-		
für Haushaltsjahr	-		
Verfügbar VE			
für Haushaltsjahr 2025	=		934.200
für Haushaltsjahr	=		
für Haushaltsjahr	=		
als Deckungsquelle VE im Haushaltsjahr 2023 vorgesehen	Gesamt		261.000
für Haushaltsjahr 2025			261.000
für Haushaltsjahr			
für Haushaltsjahr			

Begründung:

Mit der Haushaltsplanung für die Jahre 2022/2023 erfolgte die Einordnung einer VE im Jahr 2023 für 2025 in Höhe von 2,71 Mio EUR für die Ausschreibungen der Ausstattung für den Neubau und Sanierung der Feuerwache 1. Auf Grund des aktuellen Baufortschritts wird diese VE nicht benötigt.



Finanzielle Auswirkungen:

Die Deckung der VE für das Jahr 2025 in Höhe von 261.000 EUR erfolgt durch die Maßnahme 3712601202200117 Ausstattung und Neubau der Feuerwache 1. Der Ansatz 2025 für die Investitionsmaßnahme 3712700201200899 wird innerhalb des TH 37 gedeckt und mit Änderungsliste der Verwaltung in den Entwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025 eigearbeitet. Der korrespondierende Ansatz wird zunächst durch die Maßnahme 3712601202200117 Ausstattung und Neubau der Feuerwache 1 gedeckt.*

*redaktionell ergänzt am 23.11.2023 / 03.1 Ke

Eva-Maria Kröger

Anlagen

Keine

